



Zum Reinbeißen  
*Le petit déjeuner im Palais de l'Élysée*

# Der Ruf der Fremde

Vom kruden Kolonialismus zur diffizilen neokolonialen Einflussnahme – Frankreich und seine postkoloniale Macht in Afrika. Von Bernard Schmid

**D**er gute alte Neokolonialismus ist auch nicht immer ganz das, was er mal war. Jedenfalls, so lange er seinen Akteurinnen und Akteuren - oder zumindest einigen unter ihnen - diesen besonderen Geschmack von „Abenteuer und Freiheit“ vermitteln soll, der einstmaligen Leute mit einem bestimmten Profil in die Kolonien lockte: „Sehen Sie Landschaften, die Sie noch nie betrachtet haben. Lernen Sie Leute kennen, wie Sie sie nie zuvor getroffen haben. Und zeigen Sie ihnen, wie überlegen Sie ihnen sind. Bei Bedarf – legen Sie sie um.“

Nur unwesentlich zugespitzt, lässt sich ungefähr so die Mentalität von KolonialabenteurerInnen und Kolonialabenteurern und Militärs charakterisieren, die dereinst dem „Ruf der Ferne“ folgten. Beispielsweise nach Afrika. Der Kontinent erschien ihnen als gigantischer Sandkasten, der sich trefflich für Herrenmenschen spiele eignete. Zwar feierte die überwiegende Mehrheit der früheren afrikanischen „Besitzungen“ Frankreichs vor nunmehr genau fünfzig Jahren ihre formelle Souveränität als unabhängige Staaten: Senegal, Mauretanien, Mali, Burkina Faso (damals noch Obervolta), die Côte d'Ivoire, Togo, Bénin, Niger, der Tschad, die Zentralafrikanische Republik, Kamerun, Gabun und Kongo-Brazzaville wurden alle im Jahr 1960 unabhängig. Hinzu kam der Inselstaat Madagaskar. Nur die nordafrikanischen Maghreb-Staaten wurden zum Teil früher (Marokko und Tunesien, beide 1956) oder auch später (Algerien, infolge eines blutigen Unabhängigkeitskriegs, der von 1954 bis 1962 dauerte) unabhängig. Der nordostafrikanische Kleinstaat Djibouti, der vor allem als Militärbasis diente und noch immer dient, folgte hingegen erst im Jahr 1977.

## Postkoloniale Liaisons

Aber in mehreren dieser Staaten blieben französische Truppen stationiert und ihre Regierungen waren durch so genannte „Verteidigungsabkommen“ mit der

französischen Republik liiert. In einigen Fällen, wie im Falle des bilateralen Abkommens mit dem erdöl- und metallreichen Gabun aus dem Jahr 1961, wurde sogar explizit ein „privilegierter Zugang Frankreichs zu den Rohstoffen“ als Bestandteil der

***Oft enthielten die  
Verteidigungsabkommen eine Art  
politische Lebensversicherung  
der jeweiligen Machthaber.***

„gemeinsamen Verteidigungspolitik“ festgeschrieben. Oft enthielten diese Abkommen zudem Geheimklauseln, in denen die französische Staatsmacht den jeweiligen Machthabern – meist aus der Armee oder den kolonialen Verwal-

tungseliten hervorgegangene Potentaten – eine Art politischer Lebensversicherung ausstellte: Sollte es zu einer bewaffneten Rebellion, einer Meuterei von Truppen oder auch Massenunruhen kommen, würde die französische Staatsmacht zu Gunsten der Machthaber eingreifen. Wie sie dies beispielsweise im Mai 1990 in Gabun tat: Dort waren durch Demokratieforderungen motivierte Unruhen ausgebrochen, nachdem am 23. April jenes Jahres in der Hafenstadt Port-Gentil ein Oppositionspolitiker ermordet worden war. Am 22. April hatte das Regime (unter französischem Druck) formell das Mehrparteiensystem, den politischen Pluralismus und die Demokratie ausgerufen – im Kontext des Aufbruchs der afrikanischen Demokratiebewegungen, die durch die Fernsehbilder vom Zusammensturz der Regime im sowjetischen Block beflügelt worden waren. Doch am folgenden Tag zeigte die herrschende Oligarchie, die davon lebt, dass sie die Erdölrente abschöpft und mit französischen Wirtschaftsunternehmen teilt, während die Mehrheit der Bevölkerung leer ausgeht, bereits, welche enge Grenzen sie der Demokratie zu setzen gewillt war. Als die Opposition daraufhin eine Rebellion anzettelte und zudem Einrichtungen des französischen Erdölkonzerns Elf-Aquitaine (heute Total) besetzte, weil dieser eine Hauptstütze des Regimes darstellte, landeten französische Fallschirmjägertruppen und die Fremdenlegion. Nun war Schluss mit lustig – und mit falschen Demokratiehoffnungen.

Über oberflächliche Veränderungen ...

Im Kern ist es bei dieser Militärpräsenz Frankreichs südlich des Mittelmeers in seinem früheren kolonialen „Hinterhof“ bis heute weitgehend geblieben. Allerdings fanden einige oberflächliche Veränderungen statt: Die französischen Truppen wurden zunächst mehrheitlich auf einigen größeren Militärbasen zusammengefasst: Dakar (an der Westspitze des Kontinents), Libreville in Gabun (in dessen Mitte) und Djibouti (am Nordostzipfel Afrikas). Letztere wurden in der jüngsten Zeit reduziert, weil Frankreich gar nicht mehr so viele Truppen im ständigen unmittelbaren Auslandseinsatz benötigt, um auf dem afrikanischen Boden präsent zu bleiben. Die Basis von Dakar wurde im April 2010, aus Anlass des fünfzigsten Jahrestags der Unabhängigkeit, formell (und auf Initiative der Franzosen hin) an den senegalesischen Staat „zurückgegeben“.

Diese Politik des relativen Abbaus von militärischen Kapazitäten hat längerfristige strategische Beweggründe. Erstens wurden die Luftlande- und Entsende-Kapazitäten vom französischen Staatsgebiet aus, das beispielsweise mit La Réunion und Mayotte im Meer östlich von Mosambik nahe an den Kontinent heranreicht, aufgrund technologischer Fortschritte stark ausgebaut. Sie erlauben ein schnelles Eingreifen auch von französischem Boden aus. Zum zweiten aber hat die Anwesenheit französischer Truppen diffusere Formen angenommen als früher. So sind Französinnen und Franzosen in vielen afrikanischen Militäreinheiten – bis hin zu den Generalstäben – ausbildend und beratend in Schlüsselpositionen tätig. Beispielsweise im westafrikanischen Togo. Kurzbeschreibung des Regimes: Der erste Präsident Sylvanus Olympio wollte die Anbindung der Währung an den französischen Franc durch einen festen Wechselkurs aufgeben und damit aus der „Franc-Zone“ austreten – und wurde 1963 ermordet. Sein Nachfolger, der Militär Eyadema Gnassingbé, stand in einem besseren Verhältnis zu Frankreich und durfte bis zu seinem Tod im Februar 2005 ununterbrochen im Amt bleiben. Seit März 2005 ist nunmehr einer seiner Söhne, Faure Gnassingbé, amtierendes Staatsoberhaupt.

... zur „Selbstverwaltung der afrikanischen Krisen“

Ferner hat die Präsenz der französischen Armee auch andere, diffusere Formen angenommen. So hat Frankreichs Militär in den letzten Jahren einige Aufträge im Rahmen der Europäischen Union – wie die Leitung der EUFOR-Truppe im Tschad, deren mit Abstand

stärkstes Kontingent die Franzosen stellten – oder der Vereinten Nationen (Frankreichs Armee bildete ab 2005 den Kern der UN-Truppe „Operation Einhorn“, in der Elfenbeinküste) übernommen. Oft führen französische Offizierinnen und Offiziere bei diesen Einsätzen das Kommando, bestimmen die Politik und Strategie der Einsatztruppen und ihre Soldatinnen und Soldaten stellen deren größtes Einzelkontingent. Darüber hinaus übernimmt die französische Armee Aufgaben bei Mitgliedsländern oder Strukturen

der Afrikanischen Union (AU) im Namen des RECAMP-Projekts, dessen Titel ausgeschrieben und ins Deutsche übersetzt so viel wie „Stärkung der afrikanischen Kapazitäten zum Friedenserhalt“ bedeutet. Es geht dabei darum, regionale Truppen zur „Friedenserhaltung oder -erzwingung“ aufzustellen, die – wie vor einem guten Jahrzehnt die westafrikanische Eingreiftruppe ECOMAG (in diesem Falle unter Führung des englischsprachigen Staats Nigeria) in den Bürgerkriegsländern Liberia und Sierra Leone – Konflikte „befrieden“ oder beenden sollen. Im Kontext dieses Projekts der AU übernimmt Frankreich eine Reihe von Aufgaben, die zu dem beitragen sollen, was in Paris bei der „Neuformulierung der Afrikapolitik“ im Jahr 1997 – anlässlich eines damaligen Regierungswechsels – als „Selbstverwaltung der afrikanischen Krisen“ bezeichnet wurde.

Das bedeutet so viel wie: Aus solchen Krisen und Konflikten, wo als „fundamental“ betrachtete französische Interessen nicht unmittelbar tangiert sind, kann sich auch mal fein rausgehalten werden. Und nicht unbedingt jedem Diktator muss bei inneren Konflikten mit bewaffneten Rebellierenden jedes Mal den Kopf gerettet werden – vielleicht tut ein Machtwechsel ja ab und zu auch mal ganz gut. Etwa, wenn der alte Autokrat derart starke Netzwerke der Korruption und des Klientelismus entwickelt hat, dass dieses „Modell“ aus Sicht der stärkeren „Partner“ im Norden (und von deren Wirtschaftsinteressen oder Rückzahlungsforderungen bezogen auf Staatsschulden) schon wieder „zu teuer“ wird. Denn zwar sind die, meist auf Rentiersökonomie – die auf dem Export einiger weniger, oft unverarbeitet ausgeführter Rohstoffe beruht – und Klientelpolitik basierenden Regimes Garanten dafür, dass die sozialen Interessen der Mehrheitsbevölkerung sich nicht gegen eigene Ausbeutungsinteressen durchsetzen können. Aber ein „sauberes“, weniger auffällig korruptes Regime, das nicht gar so diskreditiert wirkt und zudem vielleicht noch weniger Geld abzweigt, dabei aber den Zugang zu Rohstoffen

und Arbeitskräften sowie Absatzmärkten genau so gut garantiert, wäre unter Umständen auch nicht schlecht.

Deswegen hat Frankreich seit 1990 einen Diskurs der „Demokratisierungsforderungen“ an die Adresse der „befreundeten“ Regime in Afrika übernommen (zu den Ergebnissen siehe oben den Fall der Erdölrepublik Gabun). Deswegen hat Frankreich auch einige seiner Militärstandorte in den zurückliegenden fünfzehn Jahren abgebaut oder seine Präsenz zurückgefahren. So wurden die beiden Militärbasen in der notorisch instabilen und von Rebellenkämpfen geschüttelten Zentralafrikanischen Republik (ZAR) geschlossen – die große Basis in Libreville, Hauptstadt des „stabilen“ und „Frankreich-freundlichen“ Gabun (derselbe Präsident, Omar Bongo, regierte von 1967 bis zu seinem Tod im Juni 2009; seit einer umstrittenen „Wahl“ im August 2009 regiert sein Lieblingssohn Ali Bongo), ist ja auf dem Luftweg nicht allzu weit entfernt. Auch hat Frankreich begonnen, einige seiner „Verteidigungsabkommen“ mit afrikanischen Ländern zu überarbeiten und einem Lifting zu unterziehen. So wurden, unter anderem aus den oben genannten Gründen, einige geheime Beistandsklauseln – die einem Regime garantierten, dass die französische Armee sich stets zu seinen Gunsten in die jeweilige Innenpolitik einmischen würde – entfernt.

Eine „neue Generation“ von Militärabkommen wurde im März 2009 mit der Republik Togo und im Mai 2009 mit Kamerun eingeführt, es folgten die Zentralafrikanische Republik und Gabun. Sie sollen keine Geheimklauseln zu inneren Konflikten in den betreffenden Staaten enthalten und – erstmals – den jeweiligen Parlamenten in vollem Wortlaut vorliegen, um „Öffentlichkeit und Transparenz zu gewährleisten“. Bislang allerdings blieb es bei dem Versprechen, die „Abkommen der neuen Generationen“ wurden den Abgeordneten nicht so schnell wie versprochen übermittelt. Seit kurzem ist jetzt allerdings im französischen Parlament eine Debatte zu den Texten angekündigt worden.

### Verändertes Selbstbewusstsein

Aber nicht nur deswegen ist es um den guten alten Neokolonialismus, wie eingangs angekündigt, nicht mehr ganz so „prächtig“ bestellt wie dereinst. Jedenfalls auf militärischer Ebene. Am 11. August 2010 musste jedenfalls ein französischer Offizier, der als

Berater dem Generalstab der togolesischen Armee zugeordnet war, diese Erfahrung machen. Am Rande einer Demonstration wurde er durch einen örtlichen Photojournalisten – Didier Ledoux, der für eine private togolesische Zeitung arbeitet – fotografiert. Dies gefiel ihm nicht, weshalb er die anwesenden Gendarmen und togolesischen Militärs dazu aufforderte, „Ordnung in den Saustall zu bringen“. Dem Journalisten kündigte er an, er könne eine Kompanie der Präsidentengarde (eine Elitetruppe von bis zu 3.000 Mann, die immer wieder bei der Niederwerfung politisch motivierter Unruhen eine wichtige Rolle spiele) herbeirufen, „und Dich in den Knast stecken lassen“.

Noch in jüngerer Vergangenheit hätte kein Hahn danach gekräht: Ein französischer Offizier erteilt Uniformträgern in Togo Befehle und droht einem der Opposition nahe stehenden Journalisten? Wo ist das Problem? Doch die Zeiten haben sich ein bis-

chen geändert. Nachdem die USA infolge der Wahl Barack Obamas wachsende Sympathien auf dem gesamten Kontinent erfahren und die chinesische Ökonomie zu einem Konkurrenten von stetig wachsender Bedeutung wird (ihr Rohstoffhunger in Afrika ist schier unersättlich), besitzen afrikanische Staaten einen etwas größeren Spielraum gegenüber Frankreich und Europa. Die „einheimischen Eliten“, Regierungskräfte wie Opposition, lassen sich deswegen auch nicht mehr alles bieten, was sie beinahe wie selbstverständlich hingenommen hatten. Hinzu kommt der Einfluss der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien: Die Filmaufnahmen von der geschilderten Szene standen innerhalb von Stunden auf Youtube, wo sie binnen zweier Tage 140.000 Menschen ansehen. Die Bilder gingen um die Welt.

Der französische Offizier Romuald Létondot – so lautet sein Name – verstand die Welt nicht mehr, respektive, wo denn das Problem liegen sollte. In einem Interview auf der Webseite des französischen Wochenmagazins *L'Express* rechtfertigte er sich ausführlich, gab an, er sei „in eine Falle gelaufen“ und habe sich mit dem Journalisten Didier Ledoux in den Räumen der französischen Botschaft ausgesöhnt: „Wir haben die Botschaft als Freunde verlassen“, erklärte er am 12. August 2010. Pech nur, dass die Wirklichkeit ihn schnell dementierte. Am 13. August wurde bekannt, dass Ledoux gegen ihn Strafanzeige erstattet hatte. Das französische Außen- und das Verteidigungsministerium distanzieren sich von ihm, rügten sein Verhalten und zogen ihn blitzschnell aus Togo

### **Ein französischer Offizier erteilt Uniformträgern in Togo Befehle. Wo ist das Problem?**

(wo er zwei Jahre verbracht hatte) ab. Zurück in Frankreich wurde er wegen „Schädigung des Ansehens der Armee“ für eine Woche unter Arrest gestellt.

### Bestehende Finanz- und wirtschaftspolitische Abhängigkeiten

Neben der militärischen Ebene verfügt Frankreich aber noch über andere Mittel, seinen post- oder neokolonialen Einfluss in seinem afrikanischen Ex-„Hinterhof“ zu wahren. Insbesondere über wirtschaftliche und finanzielle Instrumente. Zu ihnen gehört, dass die Mehrzahl der früher von Frankreich kolonisierten Länder des Kontinents in einer Währungsunion mit ihm verbunden blieben und als Nationalwährung bis heute den *Franc CFA* führen.

Dieses Kürzel hinter der Währungseinheit Franc stand früher zunächst noch für *Colonies françaises d'Afrique* (afrikanische Kolonien Frankreichs). Heute lautet es ausgeschrieben *Communauté financière d'Afrique* (afrikanische Finanzgemeinschaft). Ein Dutzend Länder führen nach wie vor diese Währung, die durch einen festen Wechselkurs an das in Frankreich gültige Geld – früher an den französischen Franc, mittlerweile an den Euro – angekoppelt ist. Zu den Spielregeln zählt ferner, dass allein die französische Zentralbank über entscheidende Fragen wie die Auf- und Abwertung dieser Währung entscheiden kann. Überdies muss ein Teil der Devisenreserven der betreffenden Länder bei der französischen Zentralbank deponiert

werden und Geldscheine darf allein dieselbe Geldinstitution drucken, die also auch über die im Umlauf befindliche Geldmenge entscheidet. Kurz, das Dutzend betroffener Länder hat keine reale finanz- und wirtschaftspolitische Souveränität.

Einige Ökonomen und auch Regierungspolitiker der „Franc-Zone“ (wie in der Elfenbeinküste, dem wirtschaftlich mit Abstand stärksten Staat Westafrikas) schlagen in jüngster Zeit vor, die reine Franc-/Euro-Anbindung durch weitere Währungsanbindungen zu ergänzen. So solle neben dem festen Wechselkurs mit dem französischen Franc respektive Euro auch eine – durch eine Bandbreite begrenzter Kursvariationen ausgedrückte – Ankoppelung an den Yuan, den Dollar oder auch den brasilianischen Real geschaffen werden. Diese Vorstellung erscheint allerdings doch sehr theoretisch: Sobald die Kursentwicklung von zweien oder mehrerer dieser Währungen nämlich stärker auseinanderklafft, könnte die afrikanische „Gemeinschaftswährung“ gar nicht mehr an alle gleichzeitig angekoppelt bleiben. Der Vorschlag erscheint insofern als relativ utopisch, als er nur in finanzpolitischen Schönwetterperioden, aber nicht in stürmischen Zeiten auf den Währungsmärkten funktioniert. Er spiegelt jedoch den Versuch der Eliten in einigen (vor allem west-)afrikanischen Staaten wider, sich um stärkeren Spielraum gegenüber dem erdrückenden Übergewicht der früheren Kolonialmacht zu bemühen.<

Bernard Schmid  
ist Jurist bei der NGO  
„Bewegung gegen  
Rassismus und für  
Völkerfreundschaft“  
(MRAP), Lehrbeauftragter mit dem  
Schwerpunkt Arbeitsrecht an diversen  
französischen Universitäten und freischaffender Publizist mit dem Schwerpunkt extreme Rechte, Gewerkschaften sowie französische Afrikapolitik.



iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

iz3w

# 319

Indépendance Cha Cha –  
50 Jahre postkoloniales Afrika

Außerdem: ► Koloniales im ZDF  
► Enttäuschungen in Eritrea  
► Zentralasien im Grenzkonflikt  
► Rothemden in Thailand ...

Einzelpreis € 5,30

iz3w ► Telefon (0049) 1761 740 03  
info@iz3w.org · www.iz3w.org

